
No. 2 (2021)

Global Migration Studies

Papers of the Centre for
Global Migration Studies
at the University of Göttingen

Olaf Bernau

Mobilität als soziale und kulturelle Normalität

**Weshalb die EU-Abschottungspolitik in Westafrika scheitern
muss**

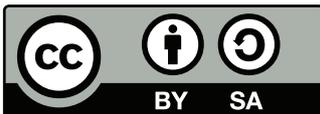
How to cite this paper

Bernau, Olaf. 2021. Mobilität als soziale und kulturelle Normalität. Wes-halb die EU-Abschottungspolitik in Westafrika scheitern muss. *Global Migration Studies*, No. 2. Göttingen: Centre for Global Migration Studies. DOI: 10.3249/2702-7872-gms-2.

Copyright and License

©2021 by Olaf Bernau.

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International License (CC BY-SA 4.0).



Zusammenfassung

Seit der als „Flüchtlingskrise“ titulierten Ankunft von drei Millionen Menschen in den Jahren 2014 bis 2016 hat die Europäische Union (EU) ihre Migrationspolitik gegenüber dem afrikanischen Kontinent erheblich verschärft. Neben einer abermaligen Intensivierung der seit den 1990er Jahren kontinuierlich weiterentwickelten Abschottungsmaßnahmen wurden auch diverse Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen aufgesetzt, unter anderem der „Nothilfe-Treuhandfond der Europäischen Union für Afrika“ im November 2015. Umso dramatischer ist, dass die Maßnahmen nicht nur zu einer Häufung schwerster Menschenrechtsverletzungen auf den Migrationsrouten geführt haben, sondern auch zu einer weiteren Destabilisierung der Herkunfts- und Transitländer afrikanischer Migrant*innen. Zentrales Manko ist, dass Europa bis heute nicht begriffen hat, inwiefern Migration in vielen afrikanischen Ländern eine tief im sozialen und kulturellen Gefüge verankerte Überlebensstrategie darstellt. Konsequenz ist, dass sowohl in der Politik als auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit unverstanden bleibt, weshalb es trotz zunehmender Abschottungsmaßnahmen nicht gelingen wird, die sozialen Logiken aufzubrechen, die dem allgemeinen Migrationsgeschehen in afrikanischen Ländern zugrunde liegen. Vor diesem Hintergrund vertritt der vorliegende Beitrag am Beispiel Westafrikas die These, dass die EU nicht Abschottung, sondern zirkuläre Mobilität zum Leitmotiv ihrer Migrationspolitik erklären sollte – so wie es insbesondere in Westafrika bereits seit Jahrhunderten gang und gäbe ist. Konkret nimmt der Beitrag, der primär aus der politischen und journalistischen Arbeit des Autors hervorgegangen ist, erstens die Geschichte westafrikanischer Mobilität in den Blick, geht zweitens der Frage nach, weshalb sich junge Menschen immer wieder auf den Weg Richtung Europa machen, skizziert drittens die seit 2015 intensivierten oder neu eingeführten migrationspolitischen Maßnahmen, arbeitet viertens die fatalen Auswirkungen europäischer Migrationspolitik heraus und benennt fünftens die zentralen Trugschlüsse, die der restriktiv ausgerichteten EU-Migrationspolitik zugrunde liegen.

Schlagwörter: Europäische Migrationspolitik, Fluchtursachenbekämpfung, Entwicklung, zirkuläre Migration, Mobilität in Westafrika, Migration von Westafrika nach Europa

Abstract

Since the arrival of three million people in the years 2014 to 2016, dubbed the “refugee crisis,” the European Union (EU) has significantly tightened its migration policy toward the African continent. In addition to intensifying the sealing-off measures that have been continuously developed since the 1990s, various programs have been set up to combat the root causes of forced migration, including the “European Union Emergency Trust Fund for Africa” in November 2015. It is all the more dramatic that the measures have not only led to an accumulation of the most serious human rights violations on the migration routes, but also to a further destabilization of the countries of origin and transit of African migrants. The central shortcoming is that Europe has not yet grasped the extent to which migration is a survival strategy deeply rooted in the social and cultural fabric of many African countries. As a consequence, politicians as well as broad sections of the public fail to understand why, despite increasing measures of isolation, it is not possible to break up the social logics that underlie general migration in African countries. Against this background, this article argues, using the example of West Africa, that the EU should not declare closure but circular mobility as the leitmotif of its migration policy – as has been the case for centuries in West Africa, among other places. In concrete terms, the article – which has primarily emerged from the political and journalistic work of the author – looks first at the history of West African mobility, second at the question of why young people keep setting off for Europe, third outlines the migration policy measures that have been intensified or newly introduced since 2015, fourth elaborates the fatal effects of European migration policy, and fifth identifies the central fallacies underlying the restrictive EU migration policy.

Keywords: European migration policy, fighting the root causes of forced migration, development, circular migration, mobility in West Africa, migration from West Africa to Europe

Mobilität als soziale und kulturelle Normalität

Weshalb die EU-Abschottungspolitik in Westafrika scheitern muss

Olaf Bernau

In der Europäischen Union leben 4,1 Millionen Menschen, die in einem afrikanischen Land südlich der Sahara geboren wurden. Das entspricht gerade mal einem Prozent der EU-Gesamtbevölkerung. Gleichwohl hat die EU seit der als „Flüchtlingskrise“ titulierten Ankunft von drei Millionen Menschen in den Jahren 2014 bis 2016 ihre Migrationspolitik gegenüber dem afrikanischen Kontinent erheblich verschärft. Die Maxime lautet nunmehr, dass sich ein derartiger Kontrollverlust an den europäischen Außengrenzen nicht wiederholen dürfe, auch mit Blick auf die durchaus realistische Einschätzung, dass in Afrika in den nächsten Jahren die Zahl derer deutlich ansteigen dürfte, die eine Migration nach Europa ernsthaft in Erwägung ziehen.

Der jüngste Zyklus migrationspolitischer Verschärfungen hat seinen Anfang im November 2015 beim afrikanisch-europäischen Regierungsgipfel in der maltesischen Hauptstadt Valletta genommen. Beschlossen wurde nicht nur, die seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich aus-

gebaute Grenzabschottung zu intensivieren. Vielmehr wurde auch der „Nothilfe-Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika“ ins Leben gerufen – oder kurz: EUTF (EU Emergency Trustfonds for Africa). Ziel des laufend aufgestockten Treuhandfonds ist es, in 26 afrikanischen Ländern sowohl Fluchtursachen als auch die sogenannte irreguläre Migration zu bekämpfen. Bis Ende 2020 wurden im Rahmen des EUTF rund 5 Milliarden Euro für 254 Einzelprojekte ausgegeben, davon 31 Prozent für migrationspolitische Maßnahmen (Europäische Kommission 2020). Auf Initiative der deutschen Bundesregierung verabschiedete sodann im Juni 2017 der G20-Gipfel in Hamburg den „Compact with Africa“. Seine Strategie ist es, mit öffentlichen Geldern Privatinvestitionen in ausgewählten afrikanischen Ländern zu fördern, auch hier mit der Priorität, Fluchtursachen zu bekämpfen und somit irreguläre Migration einzudämmen. Jenseits dieser multilateral umgesetzten Großprogramme haben seit 2015 auch einzelne Länder, Entwicklungsbanken und internationale Organisationen migrationsbezogene Afrika-Initiativen gestartet – stellvertretend sei der Marshallplan des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erwähnt, der allerdings kein Finanzierungsinstrument darstellt, sondern eine programmatische Plattform zur Koordinierung all jener Maßnahmen, die offiziell der Fluchtursachenbekämpfung dienen (Bernau 2017; Banse 2019).

Deutlich wird also, dass Migration aus afrikanischen Ländern in Europa weiterhin als zentrale Herausforderung gilt, häufig in Kombination mit anderen Problemlagen wie dem Klimawandel oder der Gewalteskalation im Sahel (Bernau 2019b). Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie eine erste Bilanz der verschiedenen migrationsbezogenen Programme ausfällt. Denn vieles spricht dafür, dass die seit 2015 forcierte Abschottungspolitik nicht nur zu einer Häufung schwerster Menschenrechtsverletzungen auf den Migrationsrouten geführt hat, sondern auch zu einer weiteren Destabilisierung der Herkunfts- und Transitländer afrikanischer

Migrant*innen. Gleichzeitig ist nicht zu erkennen, wie die bislang entwickelten Ansätze zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen könnten, zumal die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel nicht im Geringsten ausreichen. Die seit Jahrzehnten andauernde Unfähigkeit Europas, Migration aus afrikanischen Ländern als potentielle Win-Win-Situation zu begreifen, hat verschiedene Ursachen, nicht zuletzt die irrationale, mitunter rassistische Angst, Europa könnte früher oder später von afrikanischen Migrant*innen überrannt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Europa bis heute nicht begriffen hat, inwiefern Migration in vielen afrikanischen Ländern eine tief im sozialen und kulturellen Gefüge verankerte Überlebensstrategie darstellt. Konsequenz ist, dass sowohl in der Politik als auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit unverstanden bleibt, weshalb es trotz zunehmender Abschottungsmaßnahmen nicht gelingen wird, die sozialen Kräfte auszuhebeln, die dem allgemeinen Migrationsgeschehen in afrikanischen Ländern zugrunde liegen.

Angesichts dieser Ausgangslage möchte ich meinen Beitrag in fünf Schritten entwickeln. Dafür werde ich erstens die gesamte Geschichte westafrikanischer Mobilität in den Blick nehmen, nicht nur die seit Ende der 1980er Jahre schrittweise gewachsene Migration nach Europa, zweitens der Frage nachgehen, weshalb sich junge Menschen immer wieder auf den Weg Richtung Europa machen – Stichwort: Perspektivlosigkeit, drittens die migrationspolitischen Maßnahmen skizzieren, die die EU seit 2015 gegenüber Afrika neu eingeführt oder intensiviert hat, viertens die fatalen Auswirkungen europäischer Migrationspolitik detailliert herausarbeiten und fünftens aufzeigen, inwiefern Bewegungsfreiheit eine durchaus realitätstaugliche Alternative zur herrschenden Abschottungslogik darstellen kann. Geographisch konzentriert sich mein Beitrag auf Westafrika: Einerseits, weil die Migrations- bzw. Mobilitätsmuster in verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents beträchtliche

Unterschiede aufweisen und es daher wenig Sinn macht, auf knappem Raum die Länder Nord-, West-, Ost-, Zentral- und Südafrikas gemeinsam abzuhandeln. Andererseits, weil Westafrika die mit Abstand mobilste Region auf dem afrikanischen Kontinent darstellt. Hierzu gehört auch, dass von den eingangs erwähnten 4,1 Mio. subsaharischen Migrant*innen innerhalb der EU 1,5 Mio. aus Westafrika stammen.

Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass mein Beitrag primär aus einem politischen und journalistischen Kontext hervorgegangen ist, nicht aus einem wissenschaftlichen. Ich gehöre zum Koordinierungskreis des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes Afrique-Europe-Interact. In diesem Rahmen halte ich mich seit 2010 jährlich vier bis acht Wochen in Westafrika auf, insbesondere in Mali. Neben der Zusammenarbeit mit bäuerlichen Basisinitiativen gehören migrationspolitische Aktivitäten zu den Schwerpunkten meines Engagements.

Geschichte der Mobilität in Westafrika

Wer sich mit der Geschichte westafrikanischer Mobilität beschäftigt, sollte im 8. Jahrhundert beginnen. Damals entfaltete sich der Transsahara-Handel zwischen Nord- und Westafrika, der zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert eine zentrale Verkehrsader der Weltökonomie bildete und somit die unwirtliche Sahara zu einem Ort des Transits und des Austauschs machte (Austen 2012). Anfänglich waren es Angehörige islamischer Minderheiten, die vom Maghreb aus den Transsahara-Handel betrieben. Anlaufpunkt in Westafrika war das Gebiet des heutigen Senegals. Dort stießen die Handelskarawanen auf bereits bestehende regionale Handelsgeflechte, wovon beide Seiten profitierten. Später führten die Handelsrouten auch nach Gao und Timbuktu am Südrand der Sahara. Gleichzeitig breiteten sich ausgehend von den Endpunkten

der Transahara-Karawanen Handelsnetzwerke über das gesamte westafrikanische Territorium aus. So zogen ab dem 15. Jahrhundert Händler von Gao und Timbuktu bis zu den mächtigen Hausa-Stadtstaaten im Norden des heutigen Nigerias. Und von dort wiederum bauten Hausa-Händler ab dem 18. Jahrhunderte Kontakte bis in die Waldgebiete im Süden Westafrikas auf. Eine der bekanntesten Händlergruppen dürften die Soninke sein, die ursprünglich aus einem Gebiet rechts und links des Senegalflusses stammen, das heutzutage Teile des östlichen Senegals und des westlichen Malis umfasst (Manchuelle 1997). Sie haben im 8. Jahrhundert das Ghana-Reich begründet – das erste der großen westafrikanischen Savannen-Reiche, von dem sich das heutige Ghana lediglich den ehrwürdigen Namen geborgt hat. Schon vor der Kolonisierung betrieben die Soninke ausgedehnten Handel – etwa im Gebiet des Nigerbogens, wo sie eine dominante Stellung im Salzhandel errungen hatten. Zudem waren sie als saisonale Wanderarbeiter*innen unterwegs, insbesondere seit den 1860er Jahren in den Erdnussfeldern des heutigen Senegals. Seit den 1930er Jahren ließen sich Soninke immer öfter als Fernhändler*innen in Zentralafrika nieder, gut 6.000 Kilometer von ihrer Heimatregion entfernt. Entsprechend überwiesen sie in den 1960er Jahren telegraphisch aus der Demokratischen Republik Kongo die für damalige Verhältnisse enorme Summe von jährlich 2 Millionen Dollar an ihre Familien in Senegal. Als Anfang der 1950er Jahre die Migration nach Frankreich begann, gehörten die Soninke ebenfalls zu den Pionier*innen – viele von ihnen hatten auf französischen Schiffen oder in frisch gegründeten Industriebetrieben in Dakar gearbeitet. Nur so ist verständlich, dass 1968 rund 85 Prozent der in Frankreich lebenden Migrant*innen aus Subsahara-Afrika Soninke waren, also Menschen, die aus einer Region kamen, deren Fläche gerade mal 400 x 150 Kilometer umfasste.

Eng verzahnt mit den Handelsnetzwerken ging auch der Sklavenhandel einher, der die Geschichte Westafrikas entscheidend beeinflusst hat – und

das aus mindesten vier Gründen. Erstens, weil die von mobilen Milizen durchgeführten Sklavenjagden die Bevölkerung in weiten Landstrichen Westafrikas immer wieder durcheinanderwirbelten – der sichtbarste Ausdruck waren die Fußmärsche der Gefangenen zu ihren jeweiligen Bestimmungsorten. Zweitens, weil die permanenten Angriffe und Fluchtbewegungen tiefe Spuren in der Geographie Westafrikas hinterließen. So sind ganze Dörfer temporär oder dauerhaft umgesiedelt, unter anderem aus küstennahen Gebieten ins entlegene Hinterland, um sich den Sklavenjägern zu entziehen. Drittens, weil ehemalige Sklavenjäger ihre während des Sklavenhandels entstandenen Kontakte nutzten, um mit anderen Produkten zu handeln oder als Wanderarbeiter*innen tätig zu werden. Viertens, weil durch den transatlantischen Sklavenhandel nicht nur in Nordamerika, sondern auch in Südamerika und der Karibik eine Schwarze Diaspora entstanden war, mit der sich im weiteren Verlauf ein transatlantisches, von mannigfachen Verbindungen geprägtes Netz entwickelt hat (Stichwort: Black Atlantic), aus dem unter anderem wichtige Vertreter*innen des Panafrikanismus und der Négritude hervorgegangen sind (Sonderegger 2011).

Ähnlich wie die Sklaverei hat auch der Kolonialismus Mobilität in großem Stil freigesetzt. In den französischen Kolonien musste bis 1946 jeder arbeitsfähige Mann jährlich 15 Tage Zwangsarbeit gegen eine kleine Aufwandsentschädigung leisten, ähnlich wie im britischen Machtbereich. Dabei reichte das Spektrum der Einsatzorte von Großbaustellen für Staudämme, Eisenbahnlinien oder Häfen über Bergbau und Plantagenproduktion bis hin zu den französischen und britischen Streitkräften im Rahmen des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Typisch waren bereits damals sogenannte Migrationskorridore, die dafür sorgten, dass ökonomisch vernachlässigte Regionen im Binnenland als Arbeitskräftereservoir für ökonomisch prosperierende Küstenregionen dienten. Beispielsweise forderte die französische Kolonialmacht seit 1893 die jährliche Ent-

sendung von 500.000 Arbeitskräften aus der Kolonie Obervolta (heute: Burkina Faso) in die Elfenbeinküste. Ganz ähnlich absorbierte die Goldküste (heute: Ghana) zahlreiche Arbeitskräfte aus den Nachbarkolonien, entsprechend lebten kurz nach der Unabhängigkeit über 800.000 Migrant*innen aus Westafrika in Ghana, das entspricht immerhin 12 Prozent der damaligen ghanaischen Bevölkerung (Bump 2006; Kress 2006).

Bislang ist vor allem von Händler*innen, Wanderarbeiter*innen und Sklav*innen die Rede gewesen. Doch auch die bäuerliche Bevölkerung – die noch in den 1950er Jahren über 90 Prozent der Gesamtbevölkerung gestellt hat – war in unterschiedlichen Ausprägungen mobil. Dies hatte vor allem mit den nährstoffarmen Böden in der (Trocken-)Savanne zu tun, die in Westafrika seit jeher das Bodenprofil prägen: Auf 5 bis 10 Jahre Ackerbau folgten üblicherweise 25 bis 30 Jahre Brache, damit sich die Böden wieder erholen konnten. Entsprechend mussten immer wieder neue Felder aufgetan werden. Gewiss, das waren keine Umzüge über mehrere hundert Kilometer, aber die bäuerliche Bevölkerung blieb in Bewegung (aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist die Brachezeit mittlerweile auf wenige Jahre gesunken – dies allerdings mit dramatischen Konsequenzen für die Bodenqualität (Bunch 2011)). Noch mobiler waren die Pastoralist*innen, also Viehhirt*innen, die mit ihren Tieren nomadisch oder halbnomadisch unterwegs waren. Im Kern betraf dies die Fulbe, die sich seit dem 14. Jahrhundert schrittweise über ganz Westafrika ausgedehnt haben und die – wie die Soninke – aus dem Westen des Kontinents stammten. Heute gehören zur Volksgruppe der Fulbe rund 44 Millionen Menschen. Von ihnen leben nicht alle nomadisch oder halbnomadisch, aber lange war das durchaus der Fall. Genauso wie bei zahlreichen Fischergruppen, die ebenfalls seit Jahrhunderten den Standort ihrer mobilen Dörfer im Rhythmus der steigenden und sinkenden Flusswasserspiegel mehrfach pro Jahr veränderten – beispielsweise die am Niger ansässigen Bozo in Mali (Beeler-Stücklin 2009).

Die stichwortartige Auflistung mobiler Lebensformen ist noch keineswegs vollständig. So haben zur vorkolonialen Mobilität in Westafrika auch Prediger und islamische Heiler (Marabouts) maßgeblich beigetragen, oder Pilgerer nach Mekka, die bis in die 1950 Jahre zu Fuß oder auf Tieren über das Gebiet des heutigen Sudans bis zum Roten Meer reisen mussten, um von dort mit dem Schiff nach Saudi-Arabien überzusetzen. Gleichwohl ist es hilfreich, bereits hier ein erstes Zwischenfazit zu ziehen: In Europa gilt Sesshaftigkeit üblicherweise als Normalzustand. Demgegenüber hat sich in den letzten Jahrhunderten in Westafrika ein völlig anderes Verständnis von Mobilität entwickelt. Dort war bzw. ist Mobilität weder Ausnahme noch Notfallreaktion, sondern ein ganz normaler Bestandteil des alltäglichen Lebens. Es gibt zahlreiche aus der Geschichte gespeiste Sprichwörter, Lieder und Geschichten, die eine solche Perspektive stark machen. Selbst wenn es die blanke Not ist, die die Menschen aufbrechen lässt, hat Mobilität schon immer zum elementaren Selbstverständnis der Bevölkerung gehört, etwa der Fulbe im Zentrum Malis (De Bruijn/van Dijk 2005). Und das bedeutet auch, dass Mobilität als zirkulärer Akt gedacht wird: Migration heißt, vom ersten Tag an die eigene Rückkehr vorzubereiten – so ein geläufiges Sprichwort in Mali. Bei der saisonalen Pendelmigration, bei der einzelne Familienangehörige außerhalb der Regenzeit anderen Verdienstmöglichkeiten nachgehen, ist das offenkundig. Aber auch die Arbeitsmigration nach Europa oder Nordafrika war lange zirkulär organisiert, d.h. die Migrant*innen haben einige Jahre in der Ferne gearbeitet und sind dann wieder nach Hause zurückgekehrt – häufig in Gestalt eines fliegenden Wechsels mit einem jüngeren Familienmitglied (Mann 2015).

Zurück zur Chronologie: Nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit entwickelte sich die Fernmigration in Westafrika in zwei Richtungen weiter: Zum einen brachen immer mehr Menschen als Arbeitsmigrant*innen auf, zum anderen wuchs die Zahl derjenigen, die als Studierende insbe-

sondere nach Großbritannien, Frankreich oder in die USA gingen. Die Größenordnungen blieben freilich überschaubar, beispielsweise in den USA, wo 1970 gerade mal 8.000 Menschen aus afrikanischen Ländern studierten. Umso bemerkenswerter ist, dass sich einige der Unabhängigkeitsregierungen äußerst kritisch in Sachen Migration bzw. Mobilität positionierten. So versuchte Senegal, die Auswanderung nach Frankreich mittels bürokratischer Hürden zu stoppen, während Mali noch einen Schritt weiterging: Der junge Staat forderte die französische Regierung auf, malische Migrant*innen abzuschieben. Begründet wurde dies damit, dass die Menschen zum Aufbau der neuen Gesellschaft gebraucht würden. Doch diese und verwandte Initiativen verpufften, stattdessen warfen sie bereits früh einen Schatten auf das Verhältnis zwischen Diaspora und Heimatregierungen (Mann 2015).

Folgenreicher waren die Sesshaftigkeitspolitiken, die insbesondere die Volksgruppen der Fulbe und Tuareg betrafen. Hintergrund war, dass nomadische Lebensformen als unmodern und ineffizient galten, politisch zugespitzt durch den Umstand, dass sich bestimmte Strömungen der Tuareg weigerten, die neuen Staaten anzuerkennen (Lecocq 2010). In der praktischen Umsetzung wurde versucht, Fulbe und Tuareg zur Sesshaftigkeit zu drängen. Nur ihre Herden und Karawanen sollten mobil sein, nicht jedoch ganze familiäre Clans. Entsprechend sind die Interessen der Fulbe immer wieder vernachlässigt worden, etwa wenn Weideland in Ackerland umgewandelt wurde, ohne an die Bereitstellung von Ersatzflächen zu denken. Diese Erfahrungen sind es, die unter den Fulbe einen fundamentalen Groll gestiftet und somit die Grundlage für gesamtgesellschaftliche Konflikte geschaffen haben, die bis heute andauern. Zum Beispiel rekrutieren im Sahel diverse Gewaltakteure ihre Mitglieder schwerpunktmäßig unter jungen Fulbe, indem sie in ihren propagandistischen Diskursen oder Predigten die im kollektiven

Gedächtnis gespeicherten Diskriminierungserfahrungen erfolgreich zum Klingen bringen (Benjaminsen/Ba 2018; Serigne-Bamba 2018).

Zeitgleich ist in Westafrika die allgemeine Mobilität in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angewachsen, wobei interne und internationale Wanderungsbewegungen unterschieden werden sollten (vgl. zum Folgenden: de Haas/Flahaux 2016; de Haas 2007; Awumbila et al. 2014; Natter 2016; Niedenführ/Steinbrink 2017; Schoumaker et al. 2013; UNCTAD 2018). Die interne Mobilität hat maßgeblich mit der rasanten Urbanisierung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun – ob als Landflucht oder zirkuläre Migration zwischen Stadt und Land. Hinsichtlich ihres Umfangs gibt es kaum belastbare Statistiken, allerdings verweisen Regionalstudien auf ihre immense Bedeutung: In Burkina Faso haben im Jahr 2009 13 Prozent der untersuchten Haushalte Geldüberweisungen von Binnenmigrant*innen erhalten, in Ghana sogar 25 Prozent – Wissenschaftler*innen reden diesbezüglich von einer Diversifizierung der Einkommensquellen (Dorlöchter-Sulser 2014; Steinbrück/Niedenführ 2017; Toulmin 2020). In der internationalen Migration spielten weiterhin jene Migrationskorridore eine zentrale Rolle, die sich bereits im Kolonialismus herausgebildet haben, mitunter auch während der Sklaverei. Wichtigste Zielländer waren von den 1960er bis 1990er Jahren die Elfenbeinküste, Ghana und Nigeria, wichtigste Entsendeländer Burkina Faso, Mali und Guinea. Hierzu passt, dass der Migrationskorridor zwischen Burkina Faso und der Elfenbeinküste mit 1,8 Millionen Menschen bis heute der afrikaweit am stärksten frequentierte ist. Dieses Bewegungsmosaik ist unterdessen seit den 1980er Jahren schrittweise aus dem Gleichgewicht geraten. Auslöser waren wirtschaftliche und politische Verwerfungen, insbesondere die Verschuldungskrise, die nahezu alle Länder Westafrikas hart getroffen hat. Zu den vielfältigen Folgen zählten auch Massenabschiebungen: 1983 und 1985 wurden allein aus Nigeria 2 Mio. Migrant*innen des Landes verwiesen, davon 1,3 Mio. nach Ghana.

Entsprechend verstärkte sich die Bereitschaft zur Abwanderung. So haben 100.000 Hochqualifizierte zwischen 1987 und 1989 Nigeria Richtung Europa und USA verlassen. Hauptgrund war, dass es im Zuge der IWF-Strukturanpassungsprogramme zu massiven Lohneinbußen gekommen war. In den 1990er und 2000er Jahren spitzten die Bürgerkriege in Sierra Leona, Liberia und der Elfenbeinküste die ohnehin bestehende Migrationskrise im westafrikanischen Raum abermals zu. Denn die Konkurrenz unter westafrikanischen Arbeitsmigrant*innen wurde immer stärker, so dass viele nach Nordafrika auswichen. Neben Algerien und Marokko stand insbesondere Libyen hoch im Kurs, wo Ende der 1990er Jahre weit über 1 Mio. Migrant*innen aus Subsahara-Afrika arbeiteten – die meisten von ihnen aus westafrikanischen Ländern. Zentrales Manko: Trotz rhetorischer Schmeicheleien zugunsten des Panafrikanismus bediente sich Libyens Ex-Diktator Muammar al-Ghadaffi aus machttaktischen Gründen regelmäßig der migrationsfeindlichen Karte. In diesem Sinne war die Lage subsaharischer Arbeitsmigrant*innen in Libyen bereits damals äußerst prekär, zumal sie durch einen tief verankerten Alltagsrassismus verschlimmert wurde, dessen historische Ursprünge im transsaharischen bzw. ostafrikanischen Sklavenhandel liegen. Beispielsweise herrschte in der Landwirtschaft eine extrem hierarchische Arbeitsteilung: Liby-er*innen waren die Besitzer*innen, Ägypter*innen die Vorarbeiter*innen und subsaharische Migrant*innen die Landarbeiter*innen. Noch dramatischer war, dass es auch hier Massenausweisungen gab: Bereits Mitte der 1990er Jahre wurden 335.000 Migrant*innen aus Libyen nach Subsahara-Afrika abgeschoben, zwischen 2003 und 2005 nochmal weitere 145.000. Resultat war, dass viele Migrant*innen aus Subsahara-Afrika nach Europa weiterzogen, zumal die Lage in Algerien und Marokko ähnlich schwierig war. Die im jahrhundertealten Transsahara-Handel verankerten Migrationsrouten zwischen Subsahara-Afrika und Nordafrika schlossen sich also mit den ebenfalls seit Jahrhunderten bestehenden Migrationsrouten

zwischen Maghreb und Europa kurz, sodass Europa immer stärker zum Anziehungspunkt subsaharischer Migrant*innen wurde.

Von der Perspektivlosigkeit zur internationalen Migration

Bislang ging es vor allem um das “Wie” und das “Wohin” westafrikanischer Mobilität – einschließlich ihrer historischen Entstehung. Umso wichtiger ist es nun, die Frage nach dem „Weshalb“ zu stellen. Denn ein Teil der Antwort ergibt sich bereits aus der Sache selbst: Die Menschen gehen, weil Mobilität normal ist, weil sie zum Leben dazugehört, weil Ortsveränderungen in Westafrika schon seit jeher eine wichtige Existenzsicherungsstrategie darstellen – nicht nur für Pastoralist*innen, bäuerliche Haushalte und Fischer*innen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Und dieser kulturelle Code sollte stets mitgedacht werden, wenn es um junge Leute geht, die sich zum kopfschüttelnden Staunen des europäischen Publikums tagelang auf völlig überfüllte Ladeflächen von Pickups drängen und bei sengender Hitze durch die Wüste fahren. Denn die Tatsache, dass Menschen bereits seit Jahrhunderten aufbrechen, wirkt wie eine historische Echokammer, die die Migration Richtung Europa zu einem sozial und kulturell plausiblen Akt macht.

Gleichwohl ist eine Banalisierung des Migrationsgeschehens zu vermeiden – eine Verlockung, der nicht zuletzt Journalist*innen immer wieder erliegen, wenn sie die kulturelle Selbstverständlichkeit westafrikanischer Mobilität als Bestätigung dafür nehmen, dass es den jungen Leuten in erster Linie um Abenteuerlust oder Neugierde ginge. Denn auch wenn Migrant*innen aus Westafrika ihre Migration mit derartigen Begriffen beschreiben, bedeutet das keineswegs, dass ihre individuellen Migrationsentscheidungen losgelöst von den meist äußerst schwierigen

Lebensverhältnissen in Westafrika erfolgen würden. Dies zeigen auch verschiedene Untersuchungen, unter anderem eine 2019 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlichte Studie, die in vielerlei Hinsicht beispiellos sein dürfte (UNDP 2019). Denn für die Studie unter dem Titel „Scaling Fences: Voices of Irregular African Migrants to Europe“ wurden 3069 Migrant*innen aus 43 afrikanischen Ländern befragt, die irregulär in Europa angekommen sind, d.h. ohne gültiges Einreisevisum. Nach dem ersten Durchgang wurden all jene aussortiert, die sich selber als Geflüchtete bzw. Schutzsuchende im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention definierten, viele von ihnen stammten aus ostafrikanischen Ländern wie Eritrea oder Somalia. Entsprechend sind für die nähere Auswertung noch 1970 Migrant*innen übriggeblieben, davon 71 Prozent aus Westafrika. Der Anteil von Frauen betrug 23 Prozent, was insofern gerechtfertigt ist, als ihr Anteil an der Fernmigration nach Europa relativ niedrig ist. Grundsätzlich hat die Studie deutlich gemacht, dass afrikanische Migrant*innen in Europa nicht aus absoluten Armutsverhältnissen stammen, was angesichts der durchschnittlichen Reisekosten von 2.710 Dollar nicht überraschen dürfte. Bestimmendes Motiv war vielmehr relative Armut bzw. Entrechtung, also der Wunsch, aus dem eigenen Leben mehr zu machen als bislang und somit der lähmenden Perspektivlosigkeit zu entkommen, die die Befragten zu Hause empfunden haben. Diese Haltung hat sich auch in den persönlichen Eckdaten niedergeschlagen: 85 Prozent haben vor ihrer Reise in Städten gelebt, obwohl die derzeitige Urbanisierungsquote in Westafrika bei lediglich 49 Prozent liegt. Sie verfügten über mehr Bildung als der Durchschnitt in ihren Herkunftsländern – konkret haben die untersuchten Frauen die Schule 5 Jahre länger besucht als ihre Altersgenossinnen, Männer 3 Jahre. Und diejenigen, die zum Familieneinkommen beigetragen haben, hatten einen um 63 Prozent höheren Verdienst als die übrige Bevölkerung – nämlich monatlich 260 statt 160 Dollar.

Hinsichtlich der konkreten Motive für die Migration fiel zunächst auf, dass lediglich 6 Prozent der Befragten ein einziges Motiv angegeben haben, während die große Mehrheit zwei, drei oder vier Motive genannt hat. Und das mit der Konsequenz, dass es bei den Hauptmotiven zwar eine eindeutige Tendenz gibt, dass aber der jeweilige Mix aus Haupt- und Nebenmotiven sehr individuell ausfällt. Konkreter: Als Hauptmotiv wurde von 60 Prozent „Arbeit & Rücküberweisungen“ angegeben. Da jedoch 21 Prozent der Befragten diese Rubrik auch als zweites, drittes oder viertes Motiv angegeben haben, kann geschlussfolgert werden, dass „Arbeit & Rücküberweisungen“ für 81 Prozent eine mehr oder weniger starke Rolle bei ihrer Migrationsentscheidung gespielt hat. Bei den sonstigen Hauptmotiven rangieren „Familie & Freund*innen“ mit 18 Prozent auf dem zweiten Platz, was nicht zuletzt mit dem Nachzug von Ehepartner*innen und minderjährigen Kindern zu tun hat. Auf dem dritten und vierten Platz folgen „Bildung“ mit 8 Prozent und „Freiheit & persönliche Gründe“ mit 7 Prozent – letzteres umfasst unter anderem frauenspezifische Migrationsmotive wie drohende Beschneidung oder Frühverheiratung. Auf dem fünften und sechsten Platz befinden sich „Sonstiges“ mit 6 Prozent und „Entdeckung & Abenteuer“ mit 1 Prozent. Wer also Migration aus westafrikanischen Ländern verstehen möchte, sollte auf Katastrophismus oder Exotisierung als Erklärungsmuster verzichten. Denn die meisten Migrant*innen gehen weder aus nackter Not noch bloßer Neugierde, sondern weil sie sich in Europa ein besseres Leben erhoffen. Hierzu passt, dass zwar 80 Prozent der Befragten angaben, ihre Heimat nahezu ständig zu vermissen, dass aber gleichzeitig genauso viele optimistisch in die Zukunft schauen und ihre Migrationsentscheidung nicht bereuen.

Die an dieser Stelle lediglich kompakt zusammengefassten Antworten liegen auf einer Linie mit zahlreichen anderen Studien – sowohl solchen, die sich mit Migrationsbewegungen nach Europa befassen (Fiedler 2017; Amr Abdalla 2019), als auch mit solchen, die Wanderungen innerhalb

Westafrikas in den Blick nehmen (Dorlöchter-Sulser 2014; Awumbila et al. 2014; Klute/Hahn 2007; Toulmin 2020; UNCTAD 2018). Vor diesem Hintergrund wird es nunmehr darum gehen, die konkreten Auswirkungen der EU-Migrationspolitik auf Westafrika zu untersuchen.

Europäische Migrationspolitik gegenüber Afrika seit 2015

Nach jahrelangen Beratungen hat die Europäische Kommission 2012 mit dem „Gesamtansatz Migration und Mobilität“ (GAMM) einen programmatischen Rahmen für die migrationspolitische Kooperation mit Transit- und Herkunftsländern von Migrant*innen (also Drittstaaten) vorgelegt, während die Aufnahme von Schutzsuchenden weiterhin auf Basis des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) erfolgt. Ungewöhnlich ist, dass der GAMM ausdrücklich die potentiell positiven Effekte von Migration für alle beteiligten Seiten hervorhebt. Entsprechend wird bei den Zielsetzungen nicht nur die Eindämmung irregulärer Migration genannt, sondern auch die Förderung regulärer Wanderungen oder die Maximierung der positiven Entwicklungswirkungen von Mobilität (Koch et al. 2018). Angesichts der seit 2014 stark gestiegenen Ankunftsahlen von Schutzsuchenden und (irregulären) Migrant*innen verständigte sich die EU allerdings im Mai 2015 – also 6 Monate vor dem Valetta-Gipfel – auf eine neue „Europäische Migrationsagenda“. Formell baut diese zwar auf dem GAMM auf, doch ihr Tenor ist ein völlig anderer. Die Förderung regulärer Migration spielt nur noch eine untergeordnete Rolle, stattdessen ist erneut die Sicherheitsperspektive ins Zentrum gerückt, nicht zuletzt Grenzsicherung und Rückführung. So betrachtet lassen sich fünf Entwicklungen identifizieren, die seit 2015 die EU-Migrationspolitik insbesondere mit afrikanischen Transit- und Herkunftsländern prägen:

Erstens hat die EU die geographische Vorverlagerung des EU-Grenzregimes deutlich intensiviert: Lange war die Externalisierungspolitik auf die Maghreb-Staaten konzentriert, doch nunmehr wurden auch Transit- und Herkunftsländer ungleich stärker eingebunden, insbesondere Niger und Sudan (Koch et al. 2018; Jakob/Schlindwein 2017). So hat Niger 2015 ein von französischen Jurist*innen vorformuliertes Gesetz verabschiedet, das entgegen aller westafrikanischen Traditionen die Unterbringung und den Transport von Migrant*innen unter Strafe stellt. Das, was seit langem normal war, galt nun als kriminelle Handlung, während im Gegenzug die EU 1 Mrd. Euro an Niger zahlte – eine gewaltige Summe, gemessen daran, dass der nigrische Staatshaushalt 2017 gerade mal 2,35 Mrd. Dollar betrug. Konkret wurden im ersten und zweiten Jahr des neuen Gesetzes Dutzende Chauffeure inhaftiert, hunderte Autos konfisziert, zudem standen zahlreiche Familien, die von der Unterbringung und Bewirtung von Migrant*innen gelebt hatten, vor dem existenziellen Nichts (Wali 2019). Besonders zynisch gestaltete sich die Überwachung der Wüstenpassage, da die nigrische Armee mit logistischer und finanzieller Unterstützung der EU begonnen hat, an den lebenswichtigen Brunnen der jahrhundertalten Transsahara-Routen Posten einzurichten. Konsequenz ist, dass die Chauffeure der weiterhin aufbrechenden Migrant*innen-Konvois auf abgelegene und äußerst anspruchsvolle Pisten ausweichen müssen. Kommt es hier zu Unfällen, ist Hilfe nur schwer zu organisieren, etwa in der Großen Sandwüste von Bilma. Ebenfalls gefährlich sind Verfolgungsjagden mit Sicherheitskräften, auch unter Einsatz von Schusswaffen, die teils zu schweren Unfällen führen, teils dazu, dass einzelne Chauffeure größere Migrant*innen-Gruppen panikartig mitten in der Wüste aussetzen (Jakob/Schlindwein 2017).

Zweitens hat die EU seit 2015 nicht nur Abschiebungen aus Europa forciert, sondern auch Rückführungen innerhalb Afrikas, letzteres vor allem mit dem Bestreben, Migrant*innen gar nicht erst zur Mittelmeerküste ge-

langen zu lassen. In diesem Sinne hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) zwischen März 2017 und Oktober 2020 im Auftrag der EU über 90.000 Migrant*innen aus Libyen und Niger in ihre Herkunftsländer zurückgebracht, insbesondere nach Nigeria, Mali und Guinea. Auch wenn diese Rückführungen rein formell freiwillig sind, handelt es sich aus Sicht der Migrant*innen um eine bittere Niederlage. Sie wollen nach Hause, weil sie keine Hoffnung mehr haben, weil sie krank oder traumatisiert sind, weil sie nicht erneut Gewalt erleben möchten. Das erklärt auch, weshalb sie von Abschiebungen sprechen, nicht von freiwilliger Rückkehr – ungeachtet dessen, dass viele von ihnen seitens der IOM Wiedereingliederungshilfe oder Unterstützung für die Gründung eines kleinen Unternehmens erhalten (Alpes 2020; Europäische Kommission 2020).

Drittens hat die EU begonnen, Herkunfts- und Transitländer durch die Konditionalisierung von Geldern bei der Entwicklungszusammenarbeit zur migrationspolitischen Kooperation zu drängen. Das Instrument ist nicht neu, wird aber mittlerweile ungleich stärker angewandt als in den 2000er Jahren. Dies kritisieren nicht nur zahlreiche Studien zum EU-Treuhandfonds (Idrissa 2019; Kipp 2018; Tuuli/ Shilhav 2020). Bekanntheit hat auch eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 07.06.2016 erlangt, wonach zukünftig mit einem „Mix aus positiven und negativen Anreizen“ vorgegangen werden solle, um „die Anstrengungen der Länder zu honorieren, die bereit sind, bei der Migrationskontrolle wirksam mit der EU zusammenzuarbeiten, und um Konsequenzen für jene sicherzustellen, die dies verweigern.“ Wie entschieden die EU die drei zentralen Bereiche Migration, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit verklammert, verdeutlicht auch das Cotonou-Folgeabkommen, dessen vorläufiger Wortlaut im Dezember 2020 verabschiedet wurde. Dabei handelt es sich um einen Rahmenvertrag, der die Beziehungen zwischen der EU und 79 Ländern des subsaharischen, des pazifischen und des karibischen Raumes in den nächsten 20 Jahren regeln soll. Das

Cotonou-Folgeabkommen baut auf seinen Vorgängern auf – den Verträgen von Yaoundé, Lomé und Cotonou. Traditionell standen Fragen des Handels und der Entwicklungspolitik im Zentrum. Umso fragwürdiger ist, dass die EU nun ihre migrationspolitischen Vorstellungen äußerst prominent im neuen Vertragsentwurf platziert hat (Mari 2020). Danach wären die afrikanischen Länder zukünftig völkerrechtlich verpflichtet, aktiv an Abschiebungen, an der Einführung biometrischer Überwachungstechnologien oder am Bau von Grenzschutzanlagen mitzuwirken. Damit das Abkommen in Kraft tritt, müssen mindestens Zweidrittel der Länder unterschreiben und ratifizieren. Ob das wirklich gelingen wird, ist offen, aber der nicht-öffentlich erfolgte Cotonou-Prozess unterstreicht, dass die EU die Migrationsfrage unverändert im repressiven Modus betrachtet, nicht jedoch im Horizont zirkulärer Mobilität.

Viertens wurde Entwicklungszusammenarbeit immer ausdrücklicher mit der Bekämpfung von Fluchtursachen kurzgeschlossen: Im Zentrum stehen Programme wie der „Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika“ (2015) oder der „Compact with Africa“ (2017), um deren Funktionsweisen es bereits in der Einleitung gegangen ist (siehe auch: Stielike 2021).

Fünftens ist das Vorgehen der EU seit 2015 deutlich robuster geworden, menschenrechtliche Erwägungen kommen ungleich seltener zum Tragen. Exemplarisch lässt sich dies an zwei in der Öffentlichkeit viel diskutierten Beispielen zeigen: Einerseits an der verstärkten Zusammenarbeit mit undemokratisch regierten Staaten, unter anderem mit dem Regime des inzwischen gestürzten sudanesischen Ex-Diktators Umar al-Baschir, dessen Grenztruppen im Rahmen des EU-finanzierten Projekts „Better Migration Management“ ausgebildet wurden. Andererseits an der engen Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache, unter systematischer Ausblendung davon, dass selbst jene Migrant*innen in geschlossenen Internierungslagern landen, die von der libyschen Küstenwache auf dem Mittelmeer abgefangen und nach Libyen zurückgebracht werden. Die Bedin-

gungen in diesen Lagern sind katastrophal. Gewalt, Folter und Vergewaltigung stehen auf der Tagesordnung, selbst Sklavenauktionen sollen stattgefunden haben. 2017 wurde bekannt, dass die deutsche Botschaft in Niger in einem internen Bericht von "KZ-ähnlichen Verhältnissen" sprach. Ähnliche Eindrücke schildern Menschenrechtsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder Human Rights Watch. Der UNHCR forderte mehrfach, dass Migrant*innen nicht nach Libyen zurückgebracht werden, und das gelte auch für die von der EU finanzierte libysche Küstenwache (Rentsch 2020).

Zirkuläre Mobilität statt restriktiver Abschottung

Aus Sicht der EU sind sämtliche dieser Maßnahmen als Erfolg zu bewerten, das wird aus den „Fortschrittsberichten“ zur Europäischen Migrationsagenda deutlich, die die Europäische Kommission in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Hervorgehoben wird vor allem die sinkende Zahl von Neuankömmlingen, aber auch steigende Rückführungen und Abschiebungen werden positiv erwähnt, genauso wie das Migrationsmanagement insgesamt – beispielsweise in einer Pressemitteilung am 16.10.2019 anlässlich des Fortschrittsberichts 2018: „Als die Migrationskrise im Jahr 2015 ausbrach, fand die EU rasch und entschlossen gemeinsame europäische Lösungen zur Bewältigung außergewöhnlicher Herausforderungen. In den vergangenen vier Jahren wurden die strukturellen Grundlagen für eine solide gemeinsame Migrationspolitik der EU gelegt und neue Instrumente und Verfahren für eine effiziente Koordinierung und Zusammenarbeit geschaffen.“ Was sich die EU von derartigen Erfolgsmeldungen verspricht, sei dahingestellt. Fakt ist allerdings, dass die Europäische Kommission die Komplexität des Problems gehörig unterschätzt. Und das wiederum hängt mit mindestens vier grundlegenden Trugschlüssen zusammen, denen die Europäische Kommission zusammen mit beträchtlichen Teilen der europäischen

Öffentlichkeit unterliegt – auch, was die fatalen Konsequenzen für viele Menschen in Westafrika anbelangt:

Trugschluss Nr. 1 besteht in der Annahme, dass es möglich wäre, eine derart tief in der Gesellschaft verankerte Mobilitätspraxis wie die in Westafrika mit restriktiven Maßnahmen zu stoppen. Bereits seit über 10 Jahren lässt die EU Schilder an neuralgischen Punkten auf den Migrationsrouten aufstellen, die vor den Gefahren irregulärer Migration warnen. Wer so handelt, verkennt nicht nur die soziale und kulturelle Selbstverständlichkeit des Migrationsaktes, sondern auch den sozialen Erwartungsdruck, dem Migrant*innen unterliegen. Migrant*innen, die mit leeren Händen nach Hause kommen, gelten als Versager oder Drückeberger. Beispielsweise wird in Senegal ein etwaiger Misserfolg der Mutter zugeschrieben. Allein deshalb können Migrant*innen nicht einfach umkehren oder freiwillig aus Europa ausreisen, solange sie nichts erreicht haben. Denn dies käme einer Beleidigung der Mutter gleich, die in aller Regel viele Kinder aufgezogen und somit ebenfalls durchgehalten hat (Ndiaye 2014). Oder anders: Die EU kann zwar die Ankunftsahlen in Europa reduzieren, aber der Preis ist hoch. Denn die Leute werden sich ihre Hoffnungen nicht nehmen lassen, auch wenn ihre Reise durch die restriktive EU-Migrationspolitik teurer, länger, ungewisser und gefährlicher geworden ist. Am Ende ist es ein für europäische Verhältnisse ungewöhnlich großes Gottvertrauen, das viele Migrant*innen immer wieder neu aufbrechen lässt (Fiedler 2017) – trotz der Gefahr des Scheiterns, das nicht nur für die Betroffenen eine Tragödie darstellt, sondern auch für ihre Familien, Freund*innen und Nachbar*innen.

Trugschluss Nr. 2 betrifft das Verhältnis zwischen Migration und Entwicklung: Im Jahr 2017 haben Migrant*innen 38 Milliarden Euro nach Subsahara-Afrika überwiesen. Zahlreiche Studien zeigen, dass dieses Geld überwiegend für die Befriedigung von Grundbedürfnissen verausgabt wird (UNCTAD 2018). Somit sind Migrant*innen schon seit langem

zu zentralen Entwicklungsagent*innen geworden. Das zeigen auch die absoluten Zahlen, zumal sie begreifbar machen, wie sehr unzählige Familien in Westafrika auf regelmäßige Rücküberweisungen aus dem Ausland angewiesen sind – gleichsam als Notwehrmaßnahme, um den Staat zu ersetzen, der seinen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung oder Förderung kleinbäuerlicher Betriebe schon lange nicht mehr nachkommt: So haben 2019 Migrant*innen aus Gambia 275 Mio. US-Dollar an ihre Familien geschickt, was 14,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) ausmachte. Und diese Summe wäre noch 20 bis 40 Prozent höher gewesen, wenn die in bar nach Hause gebrachten Gelder mitgezählt worden wären. In Mali waren es mit 1 Mrd. US-Dollar 5,5 Prozent des BIPs, in Nigeria mit 23,8 Mrd. US-Dollar 4,9 Prozent des BIPs und in Ghana mit 3,2 Mrd. US-Dollar 4,8 Prozent des BIPs (World Bank 2019). Mit anderen Worten: Wenn die EU im Zuge ihrer restriktiven EU-Migrationspolitik Migrant*innen darin hindert, in Europa anzukommen und unter würdigen Bedingungen Geld zu verdienen, dann trägt das unmittelbar zur Destabilisierung in den Herkunftsländern von Migrant*innen bei – einschließlich des paradoxen Effekts, dass dies früher oder später die Zahl neuer Migrant*innen anwachsen lassen dürfte.

Abschottung hat unterdessen nicht nur für individuelle Haushalte, sondern auch für regionale Wirtschaftskreisläufe verheerende Auswirkungen. Hintergrund ist, dass sich die EU derzeit – mit Blick auf Migration und dschihadistische Gewalt – für ein biometrisiertes Passwesen sowie umfassende Grenzkontrollen stark macht (Jakob/ Schlindwein 2017). Auf den ersten Blick mag das sinnvoll erscheinen, aber die ökonomischen Auswirkungen sind fatal: Zahlreiche Menschen in Westafrika verfügen über keine gültigen Pässe, das betrifft unter anderem Wanderarbeiter*innen und Kleinhändler*innen. Indem diese an den Grenzen blockiert oder (irregulär) zur Kasse gebeten werden, entstehen auch hier Einnahmeausfälle und

somit ökonomische Rückkoppelungseffekte, vor allem auf der Ebene lokaler Ökonomien.

Nicht minder problematisch ist der Umstand, dass die EU mit ihrer Fokussierung auf Grenzmanagement innerhalb Westafrikas jene Bemühungen untergräbt, die sich um ein Zusammenwachsen des westafrikanischen Wirtschaftsraumes bemühen. Gerade mal 12 Prozent des Handels in Westafrika findet unter den westafrikanischen Ländern statt, nötig wären aber 40 Prozent, um die westafrikanische Wirtschaft anzukurbeln. Hierzu bedarf es grenzüberschreitender Lösungen wie die Schaffung eines regionalen Eisenbahnnetzes oder den Aufbau regionaler Produktions- und Lieferketten, beispielsweise innerhalb des Lagos-Abidjan-Korridors an der südlichen Atlantikküste (Idrissa 2019). All das droht jedoch ins Hintertreffen zu geraten, wenn Maßnahmen des Grenzschutzes immer wichtiger werden. Denn relevante Teile der ökonomischen und politischen Elite in Westafrika haben sich ohnehin bestens mit wirtschaftlicher Abschottung arrangiert. Nur, wo echte Grenzen bestehen, ergibt sich die Möglichkeit, persönlich von Zöllen, Schmiergeldern oder Schmuggel zu profitieren – so das skrupellose Kalkül, das die Wirtschaft in Westafrika schon seit Jahrzehnten erheblich schwächt.

Trugschluss Nr. 3 hat mit dem Umstand zu tun, dass das Credo der Fluchtursachenbekämpfung von völlig falschen Prämissen ausgeht. Denn Migration wird durch Entwicklung nicht gebremst, sondern stimuliert: Wo eine Ausbildungsstätte eröffnet oder ein Bewässerungsteich angelegt wird, was ja im Rahmen des EU-Treuhandfonds geschieht, steigt mittelfristig der Lebensstandard der lokalen Bevölkerung – und das wiederum versetzt noch mehr junge Leute in die Lage, eine Migration ernsthaft in Erwägung zu ziehen. In der Forschung ist dieser Sachverhalt bereits seit langem als sogenannter “Migrationsbuckel” bekannt. Dieser besagt, dass grenzüberschreitende Migration ab einem jährlichen Bruttoinlandprodukt von 2.000 Dollar pro Kopf deutlich ansteigt und erst zwischen 7.000

und 13.000 Dollar pro Kopf wieder fällt. Von solchen Summen sind jedoch viele der afrikanischen Länder weit entfernt – beispielsweise betrug im Jahr 2018 das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in Mali 899 Dollar, in Senegal 1.521 Dollar und in Nigeria 2.028 Dollar (eine differenzierte Einordnung des Migrationsbuckels in die Gesamtheit des Migrationsgeschehen findet sich bei Angenendt/ Martin-Shields/ Schraven 2017).

Es ist durchaus bemerkenswert, dass milliardenschwere Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen derart schlecht durchdacht sind. Dies legt den Verdacht nahe, dass ein wirklicher Politikwechsel überhaupt nicht gewollt ist. Dafür spricht auch, dass die ins Auge gefassten Geldsummen zur Bekämpfung von Fluchtursachen noch nicht einmal ansatzweise in der Lage sind, die Probleme zu beheben. Die afrikanischen Länder stehen einer epochalen Gesamtproblematik gegenüber, die sich seit rund 400 Jahren entwickelt hat – beispielsweise, dass der Anteil Subsahara-Afrikas an der weltweiten Industrieproduktion gerade mal 1 Prozent beträgt oder dass 80 bis 90 Prozent der Beschäftigten im informellen Sektor tätig sind oder dass über 695 Millionen Menschen keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung haben (Bernau 2019). Da sind 5 Milliarden Euro aus dem EU-Treuhandfonds für Afrika schlicht eine Farce, im Übrigen auch deshalb, weil in den ersten 5 Jahren 31 Prozent der Gelder für migrationspolitische Maßnahmen verausgabt wurden (Europäische Kommission 2020). Mit Blick auf den Sahel hat die “Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland” 2020 eine “Was-immer-es-koste”-Initiative” zur Debatte gestellt, mit der die Sahelländer grundlegend unterstützt werden sollen, sich aus ihrer hochgradig gefährlichen Existenzkrise zu befreien. Allein für ein Land wie Burkina Faso mit 20 Mio. Einwohner*innen werden bis zu 10 Mrd. Euro zusätzlicher Ausgaben veranschlagt (VAD-Ausschuss Sahel 2020). Ähnlich geht die deutsche Bundesregierung davon aus, dass jährlich 600 Milliarden Euro aufgewandt werden müssten, um auf dem afrikanischen Kontinent die 17

UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 vollständig zu realisieren – Stichwort: Agenda 2030 (Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2017). Umso mehr drängt sich der Eindruck auf, dass die von der EU bis 2020 zur Verfügung gestellten 5 Mrd. Euro allenfalls ein Trostpflaster für jene Teile der europäischen Öffentlichkeit sind, die sich nicht mit der restriktiven EU-Abschottungspolitik abfinden möchten. Ähnliche Fragen werfen auch Programme wie der „Compact with Africa“ auf, die vor allem in den wohlhabenden Ländern milliardenschwere Privatinvestitionen mobilisieren sollen – ebenfalls im Namen der Bekämpfung von Fluchtursachen. Denn die Geschichte privater Investitionen in afrikanischen Ländern ist keineswegs glanzvoll. Vielmehr waren sie oft auf die Interessen der Investoren beschränkt, ohne an lokale Begebenheiten anzuknüpfen. Die Stimulation lokaler Wirtschaftskreisläufe gelang selten, stattdessen kam es immer wieder zu Landvertreibungen oder zur Zerstörung natürlicher Ressourcen. Bekannte Beispiele sind die Ölförderung im Nigerdelta (Bergstresser 2010), die Ansiedlung agrarindustrieller Landwirtschaft in Sierra Leone (FIAN Österreich 2019) oder der Abbau von Bauxit in Guinea (Burgis 2015). Gewiss, diese Kritik trifft nicht auf alle Auslandsinvestitionen gleichermaßen zu, aber sie dürfte erahnen lassen, dass Entwicklung – und somit Bekämpfung von Fluchtursachen – ungleich komplexer, widersprüchlicher und langwieriger ist, als es die Bereitstellung mehr oder weniger großer Investitionssummen vermuten lässt.

Trugschluss Nr. 4 ist Folge einer massiven Fehleinschätzung. Denn die EU erkennt, inwiefern ihre mit Zuckerbrot und Peitsche operierende Migrationspolitik die ohnehin bestehende Vertrauenskrise zwischen Staat und Bürger*innen in Westafrika erheblich vertieft. Hintergrund ist, dass Migration als sakrosankt gilt. Entsprechend werden Regierungen in Westafrika immer wieder von der Bevölkerung massiv angegangen. Einerseits, weil sie die Interessen von Migrant*innen nicht entschlossen genug verteidigen

gen würden, andererseits, weil sie von der migrationspolitischen Kungelei mit Europa erheblich profitierten. Eines der prominentesten Beispiele dürfte Niger sein. Es wurde schon erwähnt, dass das Transitland in den Jahren 2017 bis 2021 von der EU 1 Mrd. Euro zusätzlich erhalten hat. Dennoch hat die Bevölkerung in jener Zeit unter radikalen Sparmaßnahmen gelitten. Während die Regierung in der Hauptstadt neue Hotels oder Autobahnkreuze errichten ließ, hat sie die Strom- und Wasserpreise derart erhöht, dass selbst Haushalte der Mittelschicht in Schwierigkeiten gerieten (Idrissa 2019). Hinzu kommt, dass die Spielräume für die politische Opposition empfindlich beschnitten wurden. Mehrfach saßen bekannte Vertreter*innen der Zivilgesellschaft wegen willkürlicher Vorwürfe monatelang in Haft, ohne dass die EU öffentlich Protest angemeldet hätte. Kurzum: Mit ihrer Migrationspolitik forcierte die EU Dynamiken, die ausgerechnet jene Perspektivlosigkeit befeuern, die junge Menschen immer wieder zur Migration animiert.

Umso stärker stellt sich die Frage, wie mit diesem Befund umzugehen ist – auch mit Blick auf die Migrationsbewegungen zwischen Westafrika und Europa. Einerseits dürfte klar sein, dass die Rücküberweisungen von Migrant*innen nicht in der Lage sind, fundamentale, über Jahrhunderte entstandene Asymmetrien auszugleichen. Andererseits zeigt die Geschichte Westafrikas, wie eng Migration und Entwicklung zusammenhängen – dafür steht stellvertretend der Beitrag, den Migrant*innen aus dem Binnenland zur ökonomischen Entwicklung der Küstenregionen geleistet haben. In gleicher Weise sollte auch das Verhältnis zwischen (West-)Afrika und Europa neu gedacht werden: Noch in den 1980 Jahren gingen 60 Prozent der ghanaischen Migrant*innen in Europa innerhalb von 10 Jahren zurück (Schoumaker, B. et al. 2013). Als Europa Ende der 1980er Jahre begonnen hat, seine Einwanderungspolitik schrittweise zu verschärfen, waren viele Migrant*innen nicht mehr bereit, nach 10 bis 15 Jahren in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, wie das im Rahmen der zirkulären Mo-

bilität lange üblich war. Denn sie mussten fürchten, dass sie nicht mehr ohne weiteres durch jüngere Familienmitglieder ersetzt werden könnten (Mann 2015; Wiedemann 2014). Stattdessen wurde die Familienzusammenführung wichtiger, zudem nahm die irreguläre Migration zu. In diesem Sinne spricht vieles dafür, die Menschen wieder zirkulieren zu lassen. Auf den ersten Blick mag das verwegen klingen, zumal die EU derzeit in entgegengesetzte Richtung zu steuern scheint. Gleichwohl deuten zahlreiche Erfahrungen darauf hin, dass ein beträchtlicher Teil zurückgehen und versuchen würde, zu Hause etwas aufzubauen. Dafür muss die Rückkehr jedoch aus freien Stücken erfolgen, einschließlich des Rechts, abermals nach Europa einzureisen, sollten es mit der ersten Existenzgründung nicht geklappt haben oder sollte der Bedarf bestehen, weiteres Geld zu verdienen oder eine Zusatzausbildung zu machen (Dünnwald 2014). Inwieweit dies eine Lösung sein könnte, bleibt abzuwarten, aber es wäre eine Alternative zum Status Quo, der lediglich auf eine Verstetigung der humanitären Dauerkatastrophe hinausläuft.

Literatur

- Abdalla, A. (2019). African voices from the ground: Motives, benefits and managing risk of migration towards Europe. Friedrich-Ebert-Stiftung/Institute for Peace and Security Studies, Addis Ababa. Abgerufen am 23.04.2021 von: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/aethiopien/15781.pdf>
- Alpes, J. (2020). Notfallrückführungen der IOM aus Libyen und Niger. Eine Schutzmaßnahme oder Ursache neuer Schutzbelange? Studie Nr. 96. Brot für die Welt/medico international, Berlin/Frankfurt. Abgerufen am 23.04.2021 von: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Braun_Katherine/Analyse96-Notfallrueckfuehrungen_de.pdf
- Angenendt, S.; Martin-Shields, C.; Schraven, B. (2017). Mehr Entwicklung – mehr Migration? Der „migration hump“ und seine Bedeutung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Subsahara-Afrika. SWP-

- Aktuell 69, Berlin. Abgerufen am 23.04.2021 von: https://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_15.2017.pdf
- Austen, F. A. (2013). Sahara. Tausend Jahre Austausch von Ideen und Waren. Wagenbach, Berlin.
- Awumbila, M., BennehY., Teye, J.K, Atiim G. (2014). Across artificial borders: An assessment of labour migration in the ECOWAS region. Research Report ACPOBS/2014/PUB05. International Organization for Migration/ACP Observatory on Migration, Brussels. Abgerufen am 23.04.2021 von: https://publications.iom.int/system/files/pdf/ecowas_region.pdf
- Banse, F. (2019). Compact with Africa: Der deutsche Beitrag zur Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung in Afrika. PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 49(194): 79–98. DOI 10.32387/prokla.v49i194.1770
- Beeler-Stücklin, S. (2009). Institutioneller Wandel und Ressourcenkonflikte. Fischerei, Viehzucht und Landwirtschaft im Nigerbinnendelta in Mali. Köppe-Verlag, Köln.
- Benjaminsen, T.A.; Ba, B. (2018). Why do pastoralists in Mali join jihadist groups. A political ecological explanation. The Journal of Peasant Studies, 46(1): 1–20. DOI 10.1080/03066150.2018.1474457
- Bergstresser, H. (2010). Nigeria. Macht und Ohnmacht am Golf von Guinea. Brandes & Apsel, Frankfurt a.M.
- Bernau, O. (2017). Anlageplatz Afrika: Das Ende der Entwicklungshilfe? Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 9: 37–40.
- . (2019a), Westafrika: Fluchtursachen bekämpfen – aber richtig! Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 4: 103–112.
- . (2019b). Wege aus der Gewalt? Gesellschaftliches Engagement im Kontext politischer Destabilisierung und gewaltsamer Konflikte im Sahel – Dokumentation einer Tagung von Fokus Sahel und Evangelische Akademie Frankfurt am 28./29. März 2019 in Frankfurt – inklusive Empfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft.
- Bump, M. (2006). Ghana: Searching for Opportunities at Home and Abroad. Migration Information Source, March 1, 2006. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.migrationpolicy.org/article/ghana-searching-opportunities-home-and-abroad>

- Bunch, R. (2011). Rettung für die Böden – Hilfe für die Menschen. In: World Watch Institut/Heinrich-Böll-Stiftung/Germanwatch (Hrsg.). Hunger im Überfluss. Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut; S. 96-109. Oekom, München.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2017). UNO-Konferenz zur Umsetzung der Agenda 2030: Über 40 Staaten präsentieren erstmals Fortschrittsberichte (Pressemitteilung vom 20.07.2017). Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/uno-konferenz-zur-umsetzung-der-agenda-2030-ueber-40-staaten-praesentieren-erstmal-fortschrittsberic/>
- Burgis, T. (2015). Der Fluch des Reichtums. Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas. Westend, Frankfurt a. M.
- De Bruijn, M.; van Dijk, H. (2005). Moving people: Pathways of Fulbe pastoralists in the Hayre-Seenou area, Central Mali, In: De Bruijn, M.; van Dijk H.; Kaag, M.; van Til, M. (Hrsg.): Sahelian pathways. Climate and society in Central and South Mali; African Studies Centre, Leiden, S. 247-279.
- de Haas, H. (2007). The myth of invasion. Irregular migration from West Africa to the Maghreb and the European Union. IMI Research Report, International Migration Institute, University of Oxford, Oxford.
- de Haas, H.; Flahaux, M.L. (2016). African migration: trends, patterns, drivers. Comparative Migration Studies, 4(1). DOI 10.1186/s40878-015-0015-6
- Dorlöchter-Sulser, S. (2014). Wandel von Livelihood-Systemen im Spannungsfeld von Struktur und Handeln. Eine historisch angelegte Livelihood-Analyse von 1960 bis 2010 am Beispiel der Region Dosso, Niger. Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin.
- Dünnwald, S. (2014). Rückkehr als Risiko, In: Ataç, I; Fanizadeh, M.; Kraler, A.; Manzenreiter, W. (Hrsg.): Migration und Entwicklung: neue Perspektiven; Promeda, Wien, S. 173-190.
- Europäische Kommission (2019). Zwischenbilanz der Europäischen Migrationsagenda nach vier Jahren: instabile Situation erfordert Konsolidierung des Fortschritts. Pressemitteilung (16. Oktober 2019), Brüssel.
- Europäische Kommission (2016). Kommission stellt neuen Migrationspartnerschaftsrahmen vor: Zusammenarbeit mit Drittländern verstärken, um Migration besser zu steuern. Pressemitteilung (7. Juni 2016), Straßburg.

- Europäische Kommission (2020). European Union Emergency Trust Fund. Abgerufen am 09.03.2021 von: https://ec.europa.eu/trustfundforafrica/content/about_en
- FIAN Österreich (2019). Sierra Leone: Drohende Umsiedlung aufgrund von gescheitertem Agrarspritprojekt. Abgerufen am 09.03.2021 von <https://fian.at/de/artikel/sierra-leone/>
- Fiedler, A. (2017). Migration von Subsahara-Afrika nach Europa: Motive, Informationsquellen und Wahrnehmung deutschen Engagements. ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Stuttgart. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55105-4>
- Idrissa, R. (2019). Dialog im Widerstreit. Folgewirkungen der EU-Migrationspolitik auf die westafrikanische Integration. Dargestellt anhand der Fallbeispiele Nigeria, Mali und Niger. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Jakob C.; Schlindwein, S. (2017). Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert. Ch. Links Verlag, Berlin.
- Kipp, D. (2018). Vom Notfall zum Regelfall – der EU-Treuhandfonds für Afrika. SWP-Studie 2018/ S 21, Berlin. Abgerufen am 10.03.2021 von: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S21_kpp.pdf
- Klute G.; Hahn, H.P. (Hrsg) (2007). Cultures of migration. African perspectives. LIT Verlag, Berlin.
- Koch K.; Weber, A.; Werenfels, I. (Hrsg.) (2018). Migrationsprofiteure? Autoritäre Staaten in Afrika und das europäische Migrationsmanagement. SWP-Studie 2018/S 03, Berlin. Abgerufen am 10.03.2021 von: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S03_koc_web_wrf.pdf
- Kress, B. (2006). Burkina Faso: Testing the Tradition of Circular Migration. Migration Information Source, May 1, 2006. Abgerufen am 10.03.2021 von: <https://www.migrationpolicy.org/article/burkina-faso-testing-tradition-circular-migration>
- Lecocq, B. (2010). Disputed desert. Decolonisation, competing nationalisms and Tuareg rebellions in Northern Mali. Brill, Leiden.
- Manchuelle, F. (1997). Willing migrants, Soninke, labor, diasporas, 1848-1960. Ohio University Press, Athens.
- Mann, G. (2015). From empires to NGOs in the West African Sahel. The road to nongovernmentality. Cambridge University Press, Cambridge.

- Mari, F. (2020). EU vertieft Spaltung Afrikas, Brot für die Welt. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-eu-vertieft-spaltung-afrikas/>
- Natter, K. (2016). Mehr als nur Herkunftsländer. Migrationsmuster in Algerien, Marokko und Tunesien. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Abgerufen am 10.03.2021 von: <https://library.fes.de/pdf-files/iez/12717.pdf>
- Ndiaye, N. (2014). Senegales values and other cultural push pull factors behind migration and return. ITPCM International Commentary: Senegal - Between migrations to Europe and returns 10(35): 41-46. Abgerufen am 10.03.2021 von: http://www.eumagine.org/outputs/_COMMENTARY_SENEGAL_ISSUE_APRIL_2014.pdf
- Niedenführ, H.; Steinbrink M. (2017). Afrika in Bewegung. Translokale Livelihoods und ländliche Entwicklung in Subsahara-Afrika. Transcript, Bielefeld.
- Rentsch, M. (2020). Meinung: "Libyen ist kein sicherer Ort und niemand sollte dorthin zurückgebracht werden" (Interview mit Pressesprecher des UNHCR in Deutschland). Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/303949/interview-zu-migranten-in-libyen>
- Schoumaker, B.; Flahaux M.-L.; Schans, D.; Beauchemin, C.; Mazzucato V.; Sakho, P. (2013). Changing patterns of African migration. A comparative analysis. MAFE Working Paper 18. Abgerufen am 10.03.2021 von: https://www.ined.fr/fichier/s_rubrique/22089/wp18_patternssynthesis.fr.pdf
- Serigne-Bamba, G. (2018). Conflits entre agriculteurs et éleveurs dans un contexte de menaces asymétriques au Mali et au Burkina Faso. Friedrich-Ebert-Stiftung, Dakar-Fann. Abgerufen am 10.03.2021 von: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/fes-pscc/14173.pdf>
- Sonderegger, A. (2011). Der Panafrikanismus im 20. Jahrhundert. In: Englert, B.; Grau, I.; Sonderegger, A. (Hrsg.). Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft, Promedia, Wien, S. 98-116.
- Steinbrink, M.; Niedenführ, H. (2017). Afrika in Bewegung. Translokale Livelihoods und ländliche Entwicklung in Subsahara-Afrika. Transcript, Berlin.

- Stielike, L. (2021). Dispositive der (Im)mobilisierung. Fluchtursachenbekämpfung in genealogischer Perspektive. *Global Migration Studies*, No. 1. Centre for Global Migration Studies, Göttingen. DOI: 10.3249/2702-7872-gms-1.
- Toulmin, C. (2020). *Land, investment and migration. Thirty-five years of village life in Mali*. Oxford University Press, Oxford.
- Tuuli, R.; Shilhav R. (2020). The EU trust fund for Africa. Trapped between aid policy and migration politics, Oxfam Briefing Paper, Oxfam International, Oxford. DOI 10.21201/2020.5532.
- UNCTAD (2018). *Economic Development in Africa. Report 2018. Migration for Structural Transformation*. United Nations Conference on Trade and Development, New York. Abgerufen am 10.03.2021 von: https://unctad.org/system/files/official-document/aldcafrica2018_en.pdf
- UNDP (2019). *Scaling fences: Voices of irregular African migrants to Europe*. Abgerufen am 10.03.2021 von: <https://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/democratic-governance/ScalingFences.html>
- Vereinigung für Afrikawissenschaft in Deutschland (2020). *Papier Nr. 2 – Sahelländer in der Existenzkrise*. Abgerufen am 09.03.2021 von: <http://vad-ev.de/wp-content/uploads/2020/12/VAD-Sahel-Papier-Nr.-2.pdf>
- Wali, M. (2019). „Es ist, als hätte man uns die Luft abgeschnürt.“ *Perspektiven der Jugend in Agadez auf die Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik in Niger*. Brot für die Welt, Berlin. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.fokussahel.de/veroeffentlichungen>
- Wiedemann, C. (2014). *Mali oder das Ringen um Würde. Meine Reisen in einem verwundeten Land*. Pantheon, München.
- World Bank (2019). *Migration and Remittances Data*. Abgerufen am 09.03.2021 von: <https://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaissues/brief/migration-remittances-data>

Über den Autor

Olaf Bernau hat 1991 bis 1998 Soziologie, Philosophie und Psychologie in Bremen und Berlin studiert. Seitdem ist er als Erwachsenenbildner und Moderator tätig, 2009 bis 2018 war er bei einer gewerkschaftlichen Antidiskriminierungsstelle beschäftigt. Politisch arbeitet Olaf Bernau seit Ende der 1990er Jahre mit selbstorganisierten Migrant*innen und Geflüchteten zusammen, überwiegend aus afrikanischen Ländern. 2009 war er an der Gründung des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact beteiligt, zu dem Basisinitiativen aus mehreren afrikanischen und europäischen Ländern gehören. Er ist Mitglied des Koordinierungskreises von Afrique-Europe-Interact. In diesem Zusammenhang hält er sich jedes Jahr mehrere Wochen in Westafrika auf, insbesondere in Mali. Dort ist er mit lokalen Basisinitiativen schwerpunktmäßig in den Bereichen Migration, ländliche Entwicklung, Klimawandel, lokale Demokratie und Sicherheitskrise aktiv. Olaf Bernau schreibt regelmäßig für verschiedene Monatszeitungen, 2022 wird im Beck-Verlag ein Buch zu Fluchtursachen in Westafrika erscheinen. E-Mail: olafbernauposteo.de.

About the Author

Olaf Bernau studied sociology, philosophy and psychology in Bremen and Berlin from 1991 to 1998. Since then, he has worked as an adult educator and facilitator, and from 2009 to 2018 he was employed by a trade union anti-discrimination office. Politically, Olaf Bernau has been working with self-organized migrants and refugees since the late 1990s, mostly from African countries. In 2009, he was involved in the founding of the transnational network Afrique-Europe-Interact, which includes grassroots initiatives from several African and European countries. He is a member of the coordination circle of Afrique-Europe-Interact. In this context, he spends several weeks each year in West Africa, especially in Mali. There he is active with local grassroots initiatives focusing on migration, rural development, climate change, local democracy and security crisis. Olaf Bernau writes regularly for various monthly newspapers, and in 2022 a book on the root causes of forced migration in West Africa will be published by Beck-Verlag. Email: olafbernau@posteo.de.

Global Migration Studies

Papers of the Centre for Global Migration Studies
at the University of Göttingen

Global Migration Studies is run by the Centre for Global Migration Studies (CeMig) at the University of Göttingen. The papers provide a platform for migration research from various disciplinary stand-points that take a transnational and global perspective.

Advisory Board

The advisory board consists of the board of directors of the Centre for Global Migration Studies:

The advisory board consists of the board of directors of the Centre for Global Migration Studies:

Fabian J. Froese, Elfriede Hermann, Sabine Hess, Anja Jetschke, Andrea Bogner, Claudia Neu, Angela Schwerdtfeger, Inmaculada Martínez-Zarzoso, Lars Klein, Serena Müller, Leon-Fabian Caspari

Editorial Board

Eva Bahl, Carna Brkovic, Jelka Günther, Bruno Gabriel Witzel de Souza

Layout and Typesetting

Friedlind Riedel, Bernd Kasperek/typobotic.com



University of Göttingen
Centre for Global Migration Studies
Heinrich-Düker-Weg 14
37073 Göttingen
Germany

+49 (0)551 39 25358
cemig@uni-goettingen.de
<https://www.cemig.uni-goettingen.de>